

Union fordert klare Regeln für Frauenhäuser: Neues Gesetz in der Kritik!

CDU und CSU fordern Änderungen im Gewalthilfegesetz, um Frauen vor häuslicher Gewalt zu schützen.
Bundestagsdebatte am 08.12.2024.

Aschaffenburg, Deutschland - Die CDU/CSU will mit strikten Bedingungen ein neues Gewalthilfegesetz im Bundestag vorantreiben. Andrea Lindholz, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, stellte klar, dass zur Verbesserung des Schutzes von Frauen vor häuslicher Gewalt unverzügliche Gespräche mit den Ländern nötig sind, insbesondere bezüglich der finanziellen Mittel für den Ausbau von Frauenhäusern. Als entscheidend erachtet Lindholz auch, dass in diesen Einrichtungen ausschließlich Frauen, und keine Transfrauen, aufgenommen werden sollen. Dies wurde in einem Bericht von **Deutschlandfunk** weiter ausgeführt.

Zusätzlich zu diesen Forderungen soll die Möglichkeit einer elektronischen Fußfessel für Gewalttäter geschaffen werden, um einen effektiven Abstand zwischen diesen und den Opfern zu gewährleisten. Die Union macht deutlich, dass das derzeitige System, welches Frauen zwingt, aus ihrer Wohnung vor gewalttätigen Männern in Frauenhäuser zu fliehen, nicht länger akzeptiert werden kann. Diese Entwicklungen geschahen im Rahmen der ersten Lesung des SPD- und Grünen-Entwurfs für das Gewalthilfegesetz im Bundestag, wie in dem Bericht von **Bundestag.de** erwähnt.

Andrea Lindholz bringt nicht nur rechtspolitische Expertise in die

Debatte ein, sondern hat auch eine weitreichende Karriere hinter sich. Sie ist seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages und hat verschiedene Führungspositionen innerhalb der CSU und ihrer lokalen Partei inne. Lindholz hat einen juristischen Hintergrund mit spezialisiertem Fokus auf Familienrecht, was ihre Sicht auf die nötigen Reformen und Gesetze im Bereich des Opferschutzes beeinflusst hat.

Details	
Vorfall	häusliche Gewalt
Ort	Aschaffenburg, Deutschland
Quellen	• www.deutschlandfunk.de • www.bundestag.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at